





Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 17. Juni 04

Der Ausbildungspakt zwingt die Wirtschaft in die Verantwortung

„Jetzt muss die Wirtschaft zeigen, dass sie wirklich zu ihrem Wort steht“, kommentiert der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann den abgeschlossenen Pakt zwischen Wirtschaftsverbänden und Regierung über die Schaffung von 30.000 neuen Ausbildungsplätzen sowie 25.000 Praktikumsplätzen für Jugendliche, die als noch nicht ausbildungsfähig gelten.

Der SPD-Politiker sieht die Wirtschaft in einer hohen Verpflichtung, denn die Verbindlichkeit ist durch die Unterschrift unter das Abkommen stärker gegeben, als es bisher der Fall war. Rossmann: „Zusammen mit der Regierung verpflichtet sich die Wirtschaft darin, gemeinsam und verbindlich allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot für einen Ausbildungsplatz zu unterbreiten.“

Aufschluss über die Frage, ob die Wirtschaft sich an ihre Zusagen hält und wirklich 30.000 neue Ausbildungsplätze bereitstellt, erwartet der Abgeordnete zum Beginn des Ausbildungsjahres am 30.09.04. Spätestens nach der Phase der Nachvermittlung am Jahresende werde man die Wirksamkeit des Ausbildungspaktes zwischen Regierung und Wirtschaftsverbänden beurteilen können. Rossmann: „Weitere geplatzte Ausbildungsbündnisse, wie es sie in der Vergangenheit schon häufig gab, kann und darf es im Interesse der Jugendlichen nicht mehr geben.“

Rossmann selbst hätte es bevorzugt, über die im Bundestag beschlossene Ausbildungsplatzumlage im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat zu verhandeln und das Gesetz dann endgültig im Bundestag zu verabschieden, um im Falle fehlender Ausbildungsplätze sofort aktionsfähig zu sein.